Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Deutsche Unternehmen im Konflikt der Rechtsordnungen: Schiedsverfahren, Gerichtsverfahren und Vollstreckung in einer geopolitisch gespaltenen Welt

3. Dezember 2026, 11:00 – 13:00 Uhr

Haus der Deutschen Wirtschaft, Raum Conference-OA-0016

11:00 **Begrüßung und Einführung**

Michael Harms,
Geschäftsführer, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

11:05 **Praxisorientierter Überblick: Aktuelle Fallkonstellationen und Herausforderungen für deutsche und europäische Unternehmen**

Falk Tischendorf
Rechtsanwalt, Partner, Head of CIS & Central Asia Practice, ADVANT Beiten

Alexander Bezborodov
Partner, Advokat, ADVANT Beiten

11:25 **Diskussionsrunde: Handlungsmöglichkeiten für Unternehmen im Spannungsfeld von Sanktionen und internationalen Rechtsstreitigkeiten**

- Geopolitische Risiken und Streitbeilegungsstrategien;
- Auswirkungen internationaler Sanktionen auf Gerichts- und Schiedsverfahren;
- Zuständigkeitskonflikte zwischen staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten;
- Risiken bei der Anerkennung und Vollstreckung von Gerichts- und Schiedssprüchen;
- Ausweitung der Zuständigkeit russischer Gerichte in sanktionsbezogenen Streitigkeiten;
- Haftungsrisiken für internationale Unternehmensgruppen;
- Strategische Fragen der Prozessbeteiligung und des Rechtsschutzes.

Gesprächspartner für die Diskussion:

Michael Harms, Geschäftsführer, OA
Falk Tischendorf, Rechtsanwalt, Partner, Head of CIS & Central Asia Practice, ADVANT Beiten
Dr. Ulrich Keil, General Counsel Commercial & Technology, Schaeffler Group
Dr. Jörg Kondring, General Counsel (Chefsyndikus), Voith Group

13:00 Ende der Veranstaltung

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Konzept und Themen

Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und einer fortschreitenden Ausweitung internationaler Sanktionen sehen sich deutsche Unternehmen bei einer Streitbeilegung im in ternationalen Geschäft mit rechtlichen und strategischen Herausforderungen in bislang ungekanntem Ausmaß konfrontiert. Gegenstand des vorgesehenen kollegialen Austausches sind die mannigfaltigen Wechselwirkungen zwischen staatlichen Gerichtsverfahren, internationalen Schiedsverfahren (Arbitration) und der Einhaltung von Sanktionen sowie die sich hieraus ergebenden Zuständigkeitskonflikte und Vollstreckungsrisiken. Die Diskussion soll sich insbesondere den folgenden Themengebieten widmen, wobei im Mittelpunkt die Herausforderungen stehen werden, mit denen deutsche sowie andere in der EU, der Schweiz, Großbritannien oder den USA ansässige Unternehmen konfrontiert sind, wenn sie von ehemaligen russischen Geschäftspartnern verklagt werden:

- **Geopolitische Risiken und Streitbeilegungsstrategien**: Umgang mit internationalen Streitigkeiten in einer Zeit der Sanktionen und Handelskonflikte.
- **Sanktionen und deren Bedeutung**: Verfahren vor staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten: Auswirkungen auf staatliche Gerichtsverfahren und Schiedsverfahren.
- **Staatliche Gerichtsbarkeit versus Schiedsgerichtsbarkeit**: Nationale Ordre-public-Vorbehalte und nationale Begründung einer ausschließlichen Zuständigkeit.
- **Systematische Analyse von Vollstreckungsrisiken**: Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Gerichtsurteilen außerhalb der EU.
- **Anti-Suit Injunctions und Gegenmaßnahmen**: Auswirkungen auf Parteien, Schiedsrichter und Rechtsbeistände.

Welche Aspekte sind zu berücksichtigen und im Einzelfall abzuwägen, bevor entschieden wird, ob und wie gegen eine Klage vorgegangen werden soll?
Anhand von Fallbeispielen wird aufgezeigt, worauf in solchen Konstellationen zu achten ist – von der Zustellung von Schriftsätzen bis zur Einordnung und Bewertung möglicher Vollstreckungsrisiken. Im Fokus stehen dabei die folgenden Themen und ihre Auswirkungen auf die unternehmensintern vorzunehmende Risikobewertung:

- **Ausweitung der Zuständigkeiten staatlicher Gerichte**: Wie sind Konstellationen zu bewerten, in denen sich russische Kläger bei sanktionsbezogenen Streitigkeiten auf die ausschließliche Zuständigkeit russischer staatlicher Gerichte berufen, und welche weitreichenden rechtlichen Folgen können sich daraus ergeben?
- **Gruppenhaftung**: Wie sind Sachverhalte zu bewerten, in denen sich eine Klage nicht nur gegen ein deutsches Unternehmen, sondern gegen die gesamte Unternehmensgruppe richtet oder bei denen eine gruppenweite Haftung droht?
- **Bewertung des Erfordernisses einer Prozessbeteiligung**: Welche Überlegungen sind maßgeblich für die Entscheidung, ob, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen einer Prozessbeteiligung zugestimmt werden soll?
- **Rechtsschutz**: Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um einen effektiven Rechtsschutz sicherzustellen?

Abschließend soll erörtert werden, inwieweit die aktuellen Entwicklungen als Blaupause für künftige Rechtsstreitigkeiten deutscher Unternehmen in anderen Jurisdiktionen dienen können und welche rechtlichen Anforderungen sich daraus für ihre aktuellen und zukünftigen Auslandsinvestitionen ergeben.